



Die Uhrmacher-Woche

Begründet und herausgegeben von Wilhelm Diebener in Leipzig

Organ der Deutschen Uhrmacher-Vereinigung - Garantie-Gemeinschaft Deutscher Uhrmacher E. V. - weiterer Uhrmacher-Vereine und Innungen, sowie der Gesellschaft der Freunde des Lehrlings- und Fachschulwesens im Uhrmacher-Gewerbe

LEIPZIGER UHRMACHER-ZEITUNG

26. Jahrgang

Leipzig, den 1. November 1919

Nummer 44

Zentraleitung der Deutschen Uhrmacher-Verbände.

Mitteilungen der Parlamentarischen Kommission.

Sigung am 22. Oktober 1919, vormittags 11 Uhr. Anwesend sind die Herren Bätge, Dr. Felsing, Kames, Ritter und Schultz.

Umsatzsteuer-Gesetzentwurf. Der von der Parlamentarischen Kommission ausgearbeiteten, im letzten Bericht veröffentlichten Eingabe hat sich auf Grund eingehender und gemeinsamer Besprechungen jetzt auch der Wirtschaftsverband der Deutschen Uhrenindustrie vollinhaltlich angeschlossen und den nunmehr einheitlichen Standpunkt durch eine besondere Eingabe an die Nationalversammlung unterstützt. Es ist also nun gelungen, alle Interessenvereinigungen der Uhrenbranche, vom Fabrikanten über den Grossisten bis zum Uhrmacher in dieser hochwichtigen Materie auf einem gemeinsamen Standpunkt zu vereinigen, eine Tatsache, welche der gesamten Aktion zweifellos eine erhöhte Wirkung verleiht.

Von den einzelnen Parteien der Nationalversammlung wurde auf die eingereichte Eingabe der Parlamentarischen Kommission vollste Unterstützung zugesagt. Als besonders wirksam hat sich die persönliche Fühlungnahme der Kommissionsmitglieder Dr. Felsing und Ritter mit einzelnen Abgeordneten der Nationalversammlung erwiesen. Es ist ihnen gelungen, mit Parlamentariern fast aller Parteien eingehend zu verhandeln und diesen in persönlichen Konferenzen alle Wünsche der Uhrmacherschaft sowohl hinsichtlich der Umsatzsteuer-Gesetzgebung als auch hinsichtlich sonstiger gesetzgeberischer Maßnahmen zu unterbreiten. Mit den verschiedensten Mitgliedern der Umsatzsteuer-Kommission der Nationalversammlung konnte direkt verhandelt werden, also mit Abgeordneten, welche mit der Materie aufs Innigste vertraut sind und diese selbst bearbeiten.

Über das bisher Erreichte kann aus allgemeinverständlichen Gründen im Interesse der Sache noch nichts verlautbart werden. Die Kollegen im Lande dürfen aber überzeugt sein, daß ihre Wünsche die allersicherste und beste Aussicht haben, voll berücksichtigt zu werden. Die Parlamentarische Kommission hofft zuversichtlich, daß der zukünftige Erfolg ihren intensiven Bemühungen und Anstrengungen voll Rechnung tragen wird und daß sie zu gegebener Zeit ihren Auftraggebern, den deutschen Uhrmachern, ein befriedigendes Resultat melden kann.

Bei den Unterredungen mit den Abgeordneten wurde erneut darauf hingewiesen, daß bei der Einführung des neuen Gesetzes den bestehenden Verhältnissen durch schonende Übergangsbestimmungen voll Rechnung getragen und daß vor allen Dingen jede Unklarheit in der Anwendung der neuartigen Bestimmungen von vornherein vermieden werden muß.

Anlaß zu diesem Antrage gaben zahlreiche, der Kommission zur Kenntnis gelangte Fälle, in denen seitens der Steuerbehörde dem jetzt geltenden Umsatzsteuergesetz eine Auslegung zugunsten des Steuerfiskus gegeben wird, welche die Uhrmacher erheblich zu schädigen geeignet ist. Die Parlamentarische Kommission wird diese Fälle verfolgen und seinerzeit darüber berichten.

Die Fühlung mit den Parlamentariern wird weiter aufrecht erhalten werden, um jederzeit in Sachen des neuen Umsatzsteuer-Gesetzentwurfes tätig eingreifen zu können.

Schließlich soll durch Eingaben an den Deutschen Handwerks- und Gewerbekammertag in Hannover und an den Industrie- und Handelstag in Berlin nochmals scharfer Protest gegen eine Luxussteuer von 25% eingelegt und wiederholt um Unterstützung unserer Eingabe gebeten werden.

Tumultgesetzentwurf. Der Gesetzentwurf und die bisher in der Angelegenheit von den Verbänden veranlaßten Schritte werden kurz besprochen. Dem Reichsbund Tumultgeschädigter und Tumultgefährdeter soll mitgeteilt werden, daß die Parlamentarische Kommission jederzeit gern bereit ist, irgendwelche Schritte, bei denen die Interessen der Uhrmacher berührt werden, zu unterstützen. Den Verbänden oder der Zentraleitung den Beitritt zum Reichsbund der Tumultgeschädigten zu empfehlen, findet die Kommission keine Veranlassung.

Reichsnotopfer. In dem Gesetzentwurf ist nicht vorgesehen, was an sich auch durchaus berechtigt erscheint, daß die Pensions- und Rentenansprüche vom Reichsnotopfer mit erfaßt werden. Es ergibt sich hieraus aber eine Ungerechtigkeit, die darin liegt, daß alle kleinen Sparguthaben, sowie die Ersparnisse, die in den kleinen Handels- und Handwerksbetrieben festgelegt sind, von der Steuer voll erfaßt werden, sofern sie mehr als Mk. 5000,— ausmachen. Die bisher in Aussicht gestellten Erleichterungen erscheinen nicht als genügend. Es wird deshalb beschlossen, in einer Eingabe zu beantragen, daß ein angemessener Betrag des Betriebskapitales bzw. der Sparguthaben als Altersversorgungsfonds vom Reichsnotopfer befreit wird und zwar soll gefordert werden, daß für jedes angefangene Jahr nach dem vollendeten 25sten Lebensjahr 15% des Einkommens, mindestens aber Mk. 1000,— jährlich und als Höchstbetrag Mk. 30000,— abgabefrei bleiben.

Das Kommissionsmitglied Dr. Felsing erklärte, daß ihm vor zwei Tagen der Beschluß des Wirtschaftsverbandes der Deutschen Uhrenindustrie zur Kenntnis gekommen sei, wonach allen Mitgliedern des Verbandes ein 50prozentiger Aufschlag auf die bisher gültigen Preise vorgeschrieben würde, und zwar auf alle Lieferungen vom 20. Oktbr. d. J. ab. Er habe beabsichtigt, eine vorläufige Eingabe an den Wirtschaftsverband seitens der Parlamentarischen Kommission zu beantragen, um im Namen der deutschen Uhrmacher gegen diese Maßregel rechtzeitig zu protestieren und diese hauptsächlich für die mittleren und kleinen Uhrmacher katastrophale Maßregel zu verhindern oder doch wenigstens abzuschwächen. Inzwischen sei ihm aber auf Anfrage der Bescheid erteilt worden, daß die Kommission nicht für diese Frage zuständig sei. Die Parlamentarische Kommission nahm hierauf mit Bedauern zur Kenntnis, daß sie leider nicht in der Lage sei, irgendwelche Schritte zu unternehmen. Schluß der Sigung 2 Uhr.

Parlamentarische Kommission.